

läßt und nicht als Masse auf die politische Bühne tritt, solange er in der ganzen Welt kein Mensch nach dem Schicksal des deutschen Proletariats fragt. Denn wer schweigt und ruhig ist — so nimmt man gewöhnlich an — dem geht's noch leidlich gut.

Die Billionen

Baldige Ausgabe von Hundert-Milliarden-Noten. Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Acht-Uhr-Abendblatt“ folgende Darstellung:

Der erste, im Bodensee rasende Sturm der Mark, stellt naturgemäß geradezu unerhörte Anforderungen an die Reichsbank, deren Beamte längst nicht mehr die alltäglichen Arbeitsleistungen kennen, sondern täglich mit vielen Überstunden arbeiten müssen, um das täglich immer mehr wachsende Maß der Arbeit bewältigen zu können. Daß die Reichsbank überhaupt infolge der ungeheuren Inflation den Anforderungen bis jetzt in vollem Maße gewachsen war und zwar dermaßen, daß sich der Zahlungsmittelverkehr ohne irgendwelche fühlbare Zahlungsmittelknappheit abspielen von den Schwierigkeiten während des Buchdruckerstreiks, vollzieht, ist nur der ausgezeichneten Organisation, auf der die Reichsbank seit ihrem Bestehen aufgebaut ist, zu verdanken.

Die in beängstigendem Tempo sich fortsetzende Inflation hat es notwendig gemacht, daß die Reichsbank mit größter Beschleunigung an die Anfertigung von hundert-Milliarden-Noten herangehen muß. Nachdem der Ein-Milliarden-Schein vor einiger Zeit herausgegeben wurde, kommen demnächst Fünf- und Zehn-Milliarden-Scheine heraus. Man hat sie in farbiger Ausführung vorbereitet, wird aber wahrscheinlich noch vorher einfachere Scheine, ähnlich wie die ersten Millionennoten waren, herausgeben, um den Bedenken durch den letzten Dollarsind hervorgerufenen Anforderungen gewachsen zu sein. Erst nachher dürfte die farbigen Milliardennoten herauskommen. Zunächst würde an Stelle des bisher im Verkehr befindlichen durch Überdruck hergestellten Fünf- und Zehn-Milliarden-Scheine eine Note herauskommen, die ähnlich wie der Hundert-Milliarden-Schein, auf farbigem Untergrunde, der einen grünen Unterton hat, hergestellt ist. Diese größer als die Milliarden-Scheine sind die in Vorbereitung befindlichen Fünf- und Zehn-Milliarden-Scheine, von denen der erste auf violettem, der letzte auf gelbem Untergrunde angefertigt ist. Gleichzeitig sind noch weit höhere Werte in Vorbereitung, und die Zehn- und Fünfzig-Milliarden-Noten, so wie bereits Hundert-Milliarden-Noten. Von hier bis zum Billionenstadium ist also, wenn die Inflation in diesem rasenden Tempo fortschreitet, kein weiter Weg mehr, zumal der Fünftausend-Milliarden-Schein bald dem jetzt vorbereiteten Hundert-Milliarden-Schein folgen dürfte.

Unter den vorher geschilderten Umständen steigert sich natürlich die Banknotenproduktion von Tag zu Tag ins Ungeheuer. Viele Tausende Billionen, deren Zahl sich am nächsten Tage gegenüber dem vorhergehenden etwa fast verdoppelt, werden von der Reichsbank und den Privatdruckereien hergestellt und von der Reichsbank in den Verkehr geworfen. Ein Riesenerwerb von Beamten ist aus angespanntester von früh bis abends tätig um die täglichen Billionenmassen zur Verteilung, beziehungsweise zur Versendung zu bringen. Gewiß wird auf diese Weise und unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Arbeit geleistet, wie sie in der Geschichte des Geldwesens überhaupt nicht zu finden ist.

In der Geschichte des Geldwesens dürfte Deutschland überhaupt „in der Welt vorn“ sein. Daß die Frage der Beschaffung von Zahlungsmitteln einstandesgemäß zu einer Frage ihrer Wirtschaftlichkeit geworden ist, zeigt ja an sich schon, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Bald werden jedoch Kurse eingerichtet werden müssen, um den Proleten das Billionen-ABC zu lernen. Die meisten wissen schon heute nicht mehr, wie reich sie sind.

Vom Wucher und anderem

erzählt der „Vorwärts“. Er schreibt in seiner Abendausgabe vom 10. Oktober:

„Von einer Polizeikorrespondenz wird die Nachricht verbreitet, daß die Gassraue jetzt auch die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei beschäftigt. Gegen verantwortliche Personen, Gewerkschaften und Gewerkschaftsgesellschaft sind bei der Staatsanwaltschaft mehrere Anzeigen wegen Erpressung und Wuchers eingegangen. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin die Angelegenheit zur Klärung der Kriminalpolizei überwiesen. Sie wird vom Kriminalkommissar Dr. Götzlich im Folgedienstgebäude an der Gorenzstraße, 30 bearbeitet.“

Von „unrichtiger Seite“ läßt sich der „Vorwärts“ dann weiter berichten:

„Wenn man in den Versammlungen sogenannter „Gassraue-Gemeinschaften“ hört, wie die öffentlichen Werke als Räuber und Erpresser hingestellt werden, so fällt man sich an den Kopf und fragt sich, wie solch ein Verstand für die Zusammenhänge zwischen Wucher und Wucherer überhaupt möglich ist. Abgesehen von der allgemeinen Not, die der einzige berechtigte Kern in allen Klagen der Arbeiter, der Wasser-, Gas- und Stromrechnung in kürzeren Zwischenräumen zu bezahlen, ein Wunsch, den die Werke nach Möglichkeit zu erfüllen suchen. Die Forderung aber, unter Beihilfe des Richters die Entwertung der Mark zu ignorieren und bei der am heutigen Tage erfolgenden Zahlung des im Wochen zurückbleibenden Verbrauches nur die Gaspreise von damals zu entrichten, heißt doch nichts anderes, als mit allen Kräften die sofortigen Ruin der Werke herbeiführen wollen. Dem selbst wenn die Werke alles so bezahlt bekommen, wie sie es verlangen, sind sie in der denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen Lage. Sie suchen sich sonst, etwa auf Seite eines geschlossenen Kartells von Groß-Unternehmungen gegenüber und müssen alles, aber auch alles, was sie nötig haben, in Gold kaufen. Auf der anderen Seite läßt ihnen von ihren Abnehmern, auch für die Nebenprodukte Koks und Teer, langsam und zähflüssig aus Millionen von Kanälen ein Siron von Papiergeld zu, das sich immer sofort entwertet in seinem Laufe von Kunden zur Hauptkasse, von der Hauptkasse zur Bank und von da wieder bis zum Kolonnenkassier. Die Verhältnisse der Werke aus der Geldentwertung sind einfach furchtbar und werden noch als im Unvergleichlichen gesteigert durch die katastrophale Haltung der Kaufkraft, trotzdem diese viele Jahrzehnte hindurch tadelloser Bestand gewesen ist. Die Verhältnisse der Werke sind also in Not. Aber es ist sinnlos, eine „Notgemeinschaft“ zu gründen gegen die Werke, welche durch die natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge in eine viel größere Zweckmäßigkeit geraten sind als jeder sinnliche Mensch denken kann. Man denke an das Ende der russischen Revolution, die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiter setzte ein, als es keine öffentlichen Werke mehr gab, als nach Gas, Wasser und Elektrizität sich die Eisenbahn versagte. Will man diese Katastrophe, die schließlich in den Marschen und in den Heiden, so fahre man unter Führung des reaktionären Teiles der Rechtspresse in den schließlichen Angriffen auf die Werke fort. Wer aber einen klaren Kopf behält, der stelle sich die Gesamtsituation der arbeitenden Werke zur Verfügung, verwerfe ihre Kanäle, Dämme, und nach Kräften die nach Lage der Dinge möglichen Rechnungen zu begleichen. Vor allem müssen die Zeitungen ihren Lesern und der Regierung Tag für Tag vor Augen halten, daß es mit dieser Kobalt weit über dem Weltmarktwert und diesem Wuchererstand nicht mehr weiter geht. Wir brauchen schleunigst nicht

Goldkonten, sondern auch werthetendige Zahlungsmittel für den Kleinhandel, denn der Anfang von Ende ist schon da. Es gibt also keinen Wucher! Wenn man schon früher auf diesen Gedanken gekommen wäre, wäre man vielleicht der zweiten heißen Luft entkommen, daß man vor dem Staatsanwalt gezerrt wird auf Grund von Gesetzen, die lediglich zur Verhinderung der Proletarier dienen sollten. Aber komisch ist die Geschichte dennoch. Wenn es also keinen Wucher, sondern nur solche wirtschaftliche (des kapitalistischen) Notwendigkeiten gibt, wozu unterscheiden sich denn eigentlich die „gemeinnützigen“ Betriebe von den „gemeinnützigen“? Wohl doch nicht darin, daß sie in der kapitalistischen Wirtschaft stehen und die Arbeiterklasse, Jahrelange hindurch tadelloser bedient worden ist.“

Bezirk Reichland-Westfalen

Am Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Essen im Lokale Seidenstecker, Segestr. 85, eine Bezirkskonferenz statt. — Wir ersuchen alle Ortsgruppen hierzu Delegierte zu entsenden. — Tagesordnung wird durch Rundschreiben bekanntgegeben. Die Bezirksleitung.

Das ist auch bei den „gemeinnützigen“ Betrieben der Fall gewesen — solange sie nicht in den allgemeinen Bankrott hineingezogen wurden. Hoffentlich kann der „sozialistische Magistrat“ auf einsichtsvolle Richter rechnen, die ihn mit den von den Sozialdemokraten geschaffenen Wucherergesetzen nicht an den Galgen bringen. Doch wie dem auch sei, immer mehr, in Wirklichkeit trifft dies für den Arbeiter den kommen, daß sie, wie immer, gequält beschuldigt worden sind, und die reformistische Quacksalber, in die Lage gezwungen, kein anderes Mittel kennen, als selbst nach noch, wenn der Anfang von Ende schon da ist, das Proletariat vor der Revolution abzuhaken.

Die Grundlagen des Geldwesens

Man hört jetzt oft eine Reihe populärer Meinungen über das Geldwesen. Die verbreitetste ist heute die: wenn man die vielen Nullen weglassen würde, wäre es wie früher vor dem Weltkrieg. Was sollen diese vielen Nullen? Im Grunde kostet alles dasselbe, und die Waren kosten dem Schein nach immer mehr. In Wirklichkeit trifft dies für den Arbeiter den halb nicht zu, weil sein Lohn nicht mitkommt. Etwas weiter fortgeschritten scheint die Meinung zu sein, die man oft zu hören bekommt, daß das Geld überhaupt eigentlich ein allem schuldig ist. Wenn das Geld einfach abgeschafft würde, wäre alles in Ordnung. Das Geld wäre eigentlich nicht nötig: Ware tauscht sich gegen Ware, Gebrauchsgegenstand gegen Gebrauchsgegenstand oder Arbeitskraft. Wozu noch das Geld? Es scheint nur dann da zu sein, die Leute zu bereichern, wie immer, daß an den eintausend verfallenen der heutigen Zeit, Preistreiber, Spekulation und Börse schuld sind. Wenn erstere unterdrückt würde, z. B. durch Kontrollausweise, die Spekulation verboten und die Börse abgeschafft würde, würde alles in Ordnung kommen. Das sind so Ansichten in den Kreisen, die über diese Dinge nicht nachgedacht haben oder keine Gelegenheit hatten, für Nachdenken wirklich durch eine andere Kenntnis der Tatsachen zu korrigieren.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die geschichtliche Entwicklung des Geldwesens ist überhaupt nicht überall da an, wo die Arbeitsteilung einsetzte. Die Urkommune, die als Kommune (Dorf) wirtschaftlich für sich abgeschlossen war, die ihren eigenen Bedarf vollkommen befriedigte, brauchte kein Geld. Dort war das Geld tatsächlich überflüssig. Nun, was allerdings richtig, daß in einer vollentwickelten kommunistischen Gesellschaft, die alle Reste des Kapitalismus überwunden haben wird, damit auch schließlich das Geld überwinden sein wird. Aber vorläufig ist das Geld tatsächlich überflüssig. Nun, was allerdings richtig, daß in einer vollentwickelten kommunistischen Gesellschaft, die alle Reste des Kapitalismus überwunden haben wird, damit auch schließlich das Geld überwinden sein wird. Aber vorläufig ist das Geld tatsächlich überflüssig. Nun, was allerdings richtig, daß in einer vollentwickelten kommunistischen Gesellschaft, die alle Reste des Kapitalismus überwunden haben wird, damit auch schließlich das Geld überwinden sein wird. Aber vorläufig ist das Geld tatsächlich überflüssig.

Ausland

Die Demokratie in Polen

Die Streikbewegung in Polnisch-Oberschlesien ist zum Generalstreik übergegangen. Im Laufe des gestrigen Vormittags stellten die Staatsbetriebe, wie Post, Telegraph und Eisenbahn den Dienst ein. Infolge Unterbrechung jeglicher Verbindung ist nahezu über die Bewegung und ihre Ausdehnung auf das übrige Polen nicht zu erfahren. In Katowitz hat sich der Ausstand auf alle Gruben, Hütten und andere Industriegebiete ausgedehnt. Nur auf vereinzelten Werken arbeitet noch ein geringer Teil der Beschäftigten. Seit vorgestern nachmittags sind mehrere Vertreter der Warschauer Regierung in Katowitz anwesend, unter deren Leitung und Vermittlung gestern nachmittags neue Verhandlungen begannen sollten. Polnische Militärtruppen sind am Elektrifizierungswerk Chorzow, von dem aus der größte Teil Polnisch-Oberschlesiens mit Strom versorgt wird, in Bereitschaft. Die Arbeiter in Katowitz und Konitzsch sammeln sich in den Straßen. Die Lage sieht ziemlich bedrohlich aus. Die Erregung wächst besonders infolge des Steigens der Lebensmittelpreise und der Knappheit an Mehl und Brot. Die Polnische Situation ist auf 9 Uhr festgestellt.

Spanische Injustiz

Paris, 12. Oktober. (EP.) Im Prozeß gegen die Mörder Datoz ist der Urteil gefällt worden. Die Angeklagten Nicolas und Mateo sind zum Tode verurteilt, die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

Mitteilungen

5. Bezirk. Jedes Freitag Bezirks-Mitgliederversammlung im belmanskem Lokale.
12. Bezirk. Donnerstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, BO. Mitglieder-Versammlung bei Rumfeld, Frauenhofer, Ecke Herthastraße, Kastanien von 6—7 Uhr ebenfalls dort. — Bezirkskontrolle! — Gegen nicht erscheinende Mitglieder wird Stellung genommen.

Pressnotizen

(Anzeige in Millionen von Mark.)
Becker-Eberfeld 40, Wirt-Rohmsdorf 20, 16. Unterbez. 25, S. P. P. B. 10, West 20, Krüger 5, Ungenannt-Ordnung 20.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liors, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — O. H. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Isardson, 11.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Es besteht ein Abonnement für den Preis von 50 Millionen Mark im Straßennah und durch den Verlag der K. A. P. D. Berlin NO 18, Landberger Strasse 6.
Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—4 Uhr. Sonntage geschlossen.
Postachtkonto: Berlin NW 7, Nr. 40929.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Revolutionäre Aktionsausschüsse!

Die KPD hat eine neue Parole, sie heißt „Aktionsausschüsse“. Es soll hier nicht versucht werden zu ergründen, die wieweit dies nun schon ist. Daß sie keinen anderen Zweck hat als die „abgelassenen Wägen“ ist klar und erkräftigt sich wohl eine Beweisführung insofern, daß man mit dem neuesten Scherz etwas anderes beabsichtigt, als mit den früheren. Denn selbst dies noch nicht klar ist, auch nach dem „neuen Kurs“ in Sachsen und Thüringen, deren Glauben soll kein Abbruch getan werden — wäre auch bei dem Ansehensverlust, wie er jetzt vorliegt, vergebliche Liebesmühen. Zweck dieser Stellungnahme zu den „revolutionären Aktionsausschüssen“ ist, nachzuweisen, daß die KPD, nicht nur Massenverteilung zu treiben gewillt ist, sondern sie nach neuen Methoden und Mitteln auch ihre Koalitionspolitik zu verankern. Darüber hinaus haben die revolutionären Aktionsausschüsse als Kampfinstrumente des Proletariats um seine Interessen eine zu große Bedeutung, um einer Diskreditierung von Seiten der Stimmregierungspartei mit verschränkten Armen zuzusehen. Aus diesem Grunde dürfte eine kurze Darstellung des Charakters der Aktionsausschüsse des kämpfenden revolutionären Proletariats und eine Gegenüberstellung von der KPD, propagierten Stützpunkte ihrer Regierungssessel wohl an Platze sein.

Für das revolutionäre Proletariat ist ausschlaggebend der proletarische Klassenkampf und seine Bedingungen, und zwar für jeden Schritt, den es tun will und muß. Seine Methoden müssen Methoden und Werkzeuge der Klasse sein, nicht die der gegnerischen Klasse. Sein Ziel muß auf die Niederrückung des bürgerlichen Klassenstaates, nicht auf die Konsolidierung desselben hinauslaufen. Und daraus ergibt sich die einzig mögliche reale Grundlage seines Handelns und der prinzipielle Charakter jedes organisatorischen Ausdruckes der Maßnahmen des klassenbewußten Proletariats. Das wird wohl jeder — auch jeder KPD-Mann — für eine Selbstverständlichkeit annehmen, doch werden sofort sehen, was es mit diesen Selbstverständlichkeiten auf sich hat.

Selbstverständlich ist, daß der sich zwangsläufig steigernde Zusammenbruch das gesamte Proletariat vor die Alternative stellt: Kampf um die Macht oder schimpfliche Kapitulation. Und das nicht zum ersten Male. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft hat durch die eben durch die Krise hervorbrechenden Katastrophen schon früher dem Proletariat bewiesen, daß es zwischen der Politik des Proletariats und der der herrschenden Klassen nur ein Kompromiß um den Preis der Unterwerfung des Proletariats und der Preisgabe seiner Ziele geben kann. Von 1914, der Unterwerfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, bis heute, über die düsternen Kämpfe in Deutschland, über den sich hartnäckig wiederholenden Verrat in allen kritischen Perioden: die eben zu Ende gegangene Ruhrtragedie mit ihrem grandiosen Anschauungsunterricht und ihrer Wiederholung der Politik der „Landesverdrängung“ durch alle Abgeber der Sozialdemokratie! All dies bildet eine lange Kette von Erfahrungen mit eindeutigen Resultaten. Und Niederlagen fallen ebenso wie vom Himmel wie Sieg. Beldes sind der Ausdruck eines bestimmten Prinzips und die logische Folge einer eingeschlagenen Taktik, die den Keim fortgesetzter Niederlagen in sich birgt.

Das deutsche Proletariat hat sicher kein Interesse daran zu verhungern. Es war jedoch auch bis heute unmöglich, etwas im positiven Sinn gegen die Katastrophe zu unternehmen, trotz, oder besser gesagt, wegen seiner riesigen Organisationen. Denn, um es gleich im voraus zu sagen, die Taktik und Politik der Organisationen und Parteien richtet sich nicht danach, was für die Proletariat nur, sondern danach, wer eben diese Organisationen beherrscht. Und daß die Arbeiterorganisationen von den Führern, das heißt von Leuten beherrscht und geleitet werden, die mit dem Interesse des Proletariats nichts gemein haben, darüber herrscht wohl kein Streit. Daß zwischen den Führern selbst kein Klassenunterschied besteht, ebenfalls nicht. Oder gibt es vielleicht doch noch Leute, die da glauben, das Proletariat oder besser das „revolutionäre Proletariat“ wäre wie Nocke. Möglich ist alles! Aber nach solchen „Optimisten“ richtet sich die Weltanschauung wirklich nicht. Mit einem Wort: Innerhalb der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften bestehen die Klassenunterschiede ebenso wie dieselben eben gerade der Weisheit der bürgerlichen Gesellschaft sind. Die fortschreitende Katastrophe verschärft auch die Klassenunterschiede innerhalb der reformistischen Organisationen. Um ein Beispiel zu wählen: daß die KPD gerade heute, wo die Situation anfängt revo-

lutionär zu werden, zu regieren anfängt, ist lediglich daran zurückzuführen, daß die Arbeiterklasse beherrschende Bourgeoisie aus der Entwicklung für ihre Interessen die richtigen Schlüsse zieht. Die Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterparteien weiß sehr wohl, daß die Krise Form annimmt, die Kapital und Arbeit zur erbitterten Schlacht zwingt. Und da ist es gut, wenn man, wenn dieser Kampf entbrannt, Minister ist und nicht gegen, sondern für die „Verfassung“ eintreten kann. Denn während die Proletariat nichts, gar nichts zu verlieren haben, hat die Bourgeoisie alles zu verlieren. Und die Gewerkschaftsbeamten, Minister und das ganze Geschlecht, das

Öffentliche Versammlungen

Freitag, den 19. Oktober 1923, abends 7 Uhr.
Schulaula Charlottenburg, Guerickestr. 32.
Wellensee, Albrechtstr., Parkstraße.

Thema: Die kommenden Kämpfe und die Aufgaben der revolutionären Aktionsausschüsse.

auf Kosten des Proletariats herrlich und in Frieden lebt, bedankt sich logischerweise hübsch dafür, sein herrliches Leben, seine „Zukunft“ einzusetzen für — von ihrem Standpunkt, vom Standpunkte der Bourgeoisie aus gesehen — für eine recht zweifelhafte Sache. Denn im Falle der Niederlage des Proletariats könnten ihnen ja, selbst wenn sie sonst mit einem blauen Auge davonkämen, die „bürgerlichen Ehrenrechte“ abgesprochen werden, und die mit ein bürgerlicher Minister doch haben. Und weil auch die bürgerliche Ministerherrlichkeit das Vertrauen zum Proletariat zur Voraussetzung hat, deswegen muß man natürlich alles anstreben, um das Vertrauen weiter zu erhalten. Die erste Voraussetzung ist, man schreibt unangenehme nach „Einkunft“. Man klagt jede Opposition an, daß gerade sie den „Erfolg“ in Frage stellt. Dadurch wird, wenn dieser Unfug zulässig, verhindert, daß diesen Halunken die Maske vom Gesicht gerissen und das Proletariat seine Ziele und Lösungen an dem stabilen Futterkripen laßt und damit den Klassen Gegensatz innerhalb der Organisation auf die Spitze treibt. Das würde ja Spaltung bedeuten, und die Organisation muß doch „schlagkräftig“ erhalten bleiben. Um einer Belastungsprobe insofern auszuweichen, daß man bei einem eitel, Kampf zwischen dem Proletariat und der herrschenden Klasse doch Farbe bekennen müßte, setzt man sich dann zum Ziel, den „Bürgerkrieg“ zu verhindern“. Auf gut deutsch: Man sorgt hübsch dafür, daß das Proletariat auf die Provokationen des Kapitals sich mit Resolutionen, Demonstrationen, militärischen Spielereien und sonstigen ungenügenden Unfug begnügt. Man redet möglichst viel von „Kampf“, und wenn die Wut der Proletariat den Siedepunkt erreicht hat, dann läßt man sie, um sie sich bilchen zu beruhigen, ein paar Nacht lang Posten stehen, streiten, zum Appell erscheinen. Man erzählt ihnen von großen Waffenlagern und von der „großen“ Sippe. Aber — so heißt es in den Parteiführern — Disziplin! Militärische Disziplin! Alles natürlich nicht so leicht, und die und die konzentriert auf Zusammenstoßen, bei denen die Proletariat über den Haufen geschossen werden und die „militärische Leitung“ sich dann auf die „Disziplin“ verlassen muß, damit die Proletariat sich nicht „provokolieren“ lassen. Es kommt wiederholt zu ähnlichen Ausdrücken. Doch man hat die ganz vorzügliche Mittel: Man hat die „Opposition“, die natürlich es werden droht, an die Futterkripen. Denn das Kapital bezahlt nicht umsonst Ministergehälter für die „Arbeiterminister“. Die müssen wenigstens in der Lage sein, das Proletariat in seiner eigenen Organisation zu fesseln, um es so hilflos den Desamierungen des Kapitals auszusetzen. Dazu sind sie da, es weiter nichts.

Die Geschichte der deutschen und vor allen Dingen der russischen Revolution läßt uns, wie in den kritischen Perioden das revolutionäre Proletariat als Klasse sich dennoch im letzten Willen, bei allen Kämpfen, die nicht durch die Gewerkschaften von vornherein zu freiwilligen Hunderterstücken degradiert wurden, bilden sich spontan aus dem Betrieben heraus die Klassenorgane des Proletariats. In allen Aktionen gingen als Vollstrecker proletarischer Klassenwillen die revolutionären Aktionsausschüsse hervor. Ihr Kampf war natürlich stets ein Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie, auch gegen die in den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien. Sie ver-

körpert die sich anmeldende proletarisch-revolutionäre Gewalt und waren die Vorläufer der Räte. Ihr Sieg war und konnte nur der Sieg über die Gewerkschaften sein, und sie standen und fielen mit ihren revolutionären Ziel. So war es im Kriege, in Mitteleuropa, im Kapp-Putsch: überall, wo Proletariat offen zur Schlacht antrat. Sie waren der Ausdruck proletarischen Handelns und Denkens. Sie waren der erste Schritt, die alten Organisationen, deren Struktur und Entwicklung dieselben zu Bollwerken des bürgerlichen Staates werden ließ, zu zerschmettern und den Weg frei zu machen für den Sieg der proletarischen Revolution. Sie waren die kristallisierte Erkenntnis der einzig möglichen Taktik im letzten Ringen der Klassen. Sie sind in ihrem historischen Wesen der Todfeind der alten Organisationen. Sie sind der Niederschlag des revolutionären Prinzips und die praktische Anwendung des elementarsten Grundsatzes, daß die Befreiung des Proletariats nur aus dem Werk des Proletariats selbst sein kann.

Nun hat die neue Regierungspartei in ihrem politischen Schanfenster neben anderen schönen Sachen auch „Aktionsausschüsse“ ausgestellt. Eigenes Fabrikat natürlich! In ihrer Zeitung, soweit Stimm der neuen Regierungspartei eine Zeitung erlaubt, steht die Gebrauchsanweisung. So wie es bis jetzt war, soll es in Zukunft nicht mehr gemacht werden, sondern die Bildung von Aktionsausschüssen ist Sache der „bewährten Führer“ und deren, die das Zeug in sich fühlen, es zu werden. Sie setzen sich zusammen aus den Gewerkschaften und Parteinständen, und soweit Proleten in Frage kommen, natürlich solche, die nach deren Pfeife tanzen. Proleten in den Betrieben müssen natürlich dabei sein, denn die Instanzen allein sind schon zu anrühlich geworden, und es kommt daran an, daß der „Aktionsausschüsse“ gerade in den Betrieben seine Pflicht tut. Zu diesem Zweck werden „scharfe Proletarier“ gesucht, die noch nicht genug sind, um zu glauben, daß sie in diesem „verankerten“ Apparat mehr sind und sein können als Statisten. So wie die Räte „verankert“ worden sind, sollen auch die Aktionsausschüsse „verankert“ werden. Denn die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien sind so bankrott in politischer und finanzieller Beziehung, daß man unbedingt „etwas tun muß“. Und wenn es zur Aktion kommt, muß man auf alle Fälle „Aktionsausschüsse“ haben, die im Sinne der Bourgeoisie wirken. Als Anpreisungsmittel hat man natürlich wieder die „Einheitsfront“ hervorgeholt, und so der gebildete Aktionsausschüsse hat die Aufgabe, wenn es nun losgeht, zum ADGB zu laufen und sich Direktiven zu holen. SPD und KPD haben sich ja gemeinlich auf dem Boden der „Verfassung“, und die Geschichte geht in Zukunft völlig reibungslos vor sich. Und wenn die Proletariat auf diesen neuen Schwindel wieder hereinfallen, — so hofft man in Regierungskreisen — können die „Verfassung und die Sessel noch mal gerettet werden. Denn da's ist der Zweck der neuen politischen Unrecht. Sie ist nicht etwa nur ein Verlegenheitsprodukt, sondern die Konterrevolution bereitet sich vor für die kommenden Dinge, und die Proletariat haben alle Veranlassung, den mit dem neuesten Betrugsartikel auftretenden Handelsreisenden den entsprechenden Empfang und die entsprechende Abfahr zu erteilen.

Wo der Bankrott der herrschenden Klassen und ihrer Lakaien so offenkundig zutage tritt und das gesamte Proletariat aus der Gesellschaft ausgeschaltet und zum Verhängnis verurteilt ist, ist keine Zeit mehr, sich Dinge zu überlegen, ob die Minister des Herrn Stinnes in Verlegenheit kommen oder nicht. Da heißt es sich darauf besinnen, was „Arbeiterregierungen“ Gewerkschaften usw. bis jetzt getan haben und tun müssen, und aus den bitteren langen Jahren von Niederlagen und die Lehre zu ziehen. Und die ist:

Aktionsausschüsse, jawohl!

Aber gemacht, ihr Herrsel! Sie werden vielleicht früher Tatsache werden, als euch lieb ist. Und sie werden und müssen wie eine Schichtlampe der proletarischen Revolution aus euren Sesseln fegen und als Hammer der proletarischen Revolution auf die „Verfassung“ niederschlagen, auf der ihr euch so sicher wähnt, daß ihr glaubt, alle bis dahin dagewesene Demagogie überleben zu können. Aktionsausschüsse, jawohl! Aber als werden das Ende aller bisherigen Schieberreden werden und nicht nur, sondern gegen auch entstehen! Sie werden und müssen hervorgehen aus dem Proletariat, das selbst ist, nur treuliche Pläne ein für allemal zu durchbrechen und nicht mehr für die „Verfassung“, sondern für die ungeschwächte proletarische Diktatur den Kampf aufzunehmen und alle Macht den Räten“ wird ihr Schicksal sein. In diesem Sinne: „Schafft revolutionäre Aktionsausschüsse!“

Die staatliche Regelung des Geldwesens und Geldverkehrs. Die Tatsache, daß es verschiedene Währungen gibt, ist eine Folge der Tatsache, daß es nationale Staaten gibt. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung seit dem Beginn des Kapitalismus verlangt nach der Herstellung immer größerer einheitlicher Wirtschaftsgebiete, wie z. B. des deutschen Zollvereins, der als wirtschaftliche Zusammenfassung der Vorläufer der politischen Einigung Deutschlands vor 1871 war.

Ansicht Der Faschismus in Österreich In allen Ländern, in denen der Faschismus bereits Wurzel gefaßt hat oder sich erst im Entwicklungsstadium befindet, stellt dieser in unmittelbarer Zusammenhang mit dem Angriff des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. In Österreich ist diese Abhängigkeit deutlicher als in den anderen Ländern. Seit der Zeit, als die christlich-katholische Regierung das Schicksal Österreichs in die Hand der Entente legte, versucht der internationalistische Kapitalismus, dieses Land wirtschaftlich zu „heilen“.

einem Stab früherer aktiver Offiziere, Großagraren, Industriellen und Bankiers, die große Summen für die Unterhaltung dieser Organisation ausgeben. Der Zentralrat Sipel ist stark an dieser Organisation interessiert. Besondere Aufmerksamkeit verdient der sogenannte „Verband für den Schutz der Ordnung und der wirtschaftlichen Interessen“. Es ist die erste faschistische Gewerkschaft. Es ist eine militärische „Technische Nothilfe“, eine freiwillige Vereinigung für Männer und Frauen zur Abschaffung der Streikbewegungen.“

Zu den Kennzeichen der Nationalstaaten gehört es, daß jeder seine eigene Währung hat. Der Eingriff in die Währung eines anderen Staates ist gleichbedeutend mit dem Eingriff in seine Souveränität, d. h. in die Unbeschränktheit der betreffenden Klasse über ihr Gebiet. So stellt der Versuch, im Rheinlande eine besondere Währung zu schaffen, den wirtschaftlichen Vorläufer einer politischen Lösung der Rheinfrage dar und ist natürlich eine Verminderung der Macht der deutschen Republik über das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die verschiedenen Landeswährungen standen im Frieden auch in keinem festen Wertverhältnis zueinander. Wenn heute gesagt wird, daß ein Dollar 4,20 Germanen wert ist, so ist das im großen und ganzen wohl richtig für den internationalen Zahlungsverkehr gewesen, wenn auch während kleine Schwankungen in engen Grenzen vorhanden waren. Wieviel vor dem Weltkrieg eine Mark in New York oder ein Schweizer Franken in Berlin wert war, wurde von Tag zu Tag an der Börse festgestellt und ergab sich aus einer großen Anzahl wirtschaftlicher Faktoren, die täglich an der Börse teils gefühlsmäßig abgeschätzt wurden.

Genossen! Sammel bei jeder sich bietenden Gelegenheit für den Pressefonds! Die Sammlungen für den Pressefonds sind ein der wichtigsten Hilfsmittel zur Finanzierung unserer Presse. Es wurden unter anderem auch Krankenhäuser und sonstige kulturelle Anstalten geschlossen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde herabgesetzt. Es ist geplant, diese Unterstützung gänzlich einzustellen, obwohl gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen circa 170 000 beträgt und die der Kurzarbeiter sogar 300 000 übersteigt, bei einer Gesamtbevölkerung von sechs Millionen. Gleichzeitig wurden Steuern erhöht und neue eingeführt. Die Preise sind dadurch enorm gestiegen und ein weiteres Wachsen der Teuerung ist die Quintessenz.

Aus der Partei Achtung! Wirtschaftsbezirke! Betr. Erhöhung des Pflichtbeitrages für den Geschäftsführenden Hauptausschuß. Infolge der äußerst schicksalhaften und düsteren Entwicklung der Pflichtbeiträge für den GHA der KAPD, aus fast allen Wirtschaftsbezirken befindet sich dieser bei der ungeheuren Papiergeldentwertung in dauernder Schuldenwirtschaft und ist infolgedessen nicht in der Lage, auch nur die geringste Tätigkeit im Interesse der Partei auszuüben.

Der Verlag der KAPD. Berlin 110 18, Landsberger Straße 6. Antiquarisch-Verzeichnis. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bände. Liebknecht, Reden und Aufsätze. Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm. Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Kautsky, Die soziale Revolution. Bobb, Die Frau und der Sozialismus. Casow, Ursprung der Religion und des Gottesglaubens. Casow, Die Technik in der Urzeit. Trotski, Terrorismus und Kommunismus. Roland-Hoist, Partei und Revolution. Salomon, Proudhon und der Sozialismus. Brantshel, Marx als Geschichtsphilosoph. Simon, Robert Owen und der Sozialismus. Marx, Lohnarbeit und Kapital. Von Kautsky. Marx, Das kommunistische Manifest. Dietrich, Lassalle-Brevier. Laszberg, Sozialreform oder Revolution. Laszberg, Die Akkumulation des Kapitals, Band I u. II. Kohn, Briefe aus dem Gefängnis. Grafsmann, Die deutsche Volkswirtschaft. Gortw, Offener Brief an den Genossen Lenin. Schmalow, Ungerechten Kinder. Kästel für jeden Tag des Jahres. Neak, Die Passagiere der letzten Platte. Jung, Homer an der Wolga. Block, Der Untergang der Humanität. Beuhaus, Das Messer zwischen die Zähne. Vorstehende Werke und Broschüren sind in 1-5 Exemplaren am Lager. Die Grundzahlen sind zum Teil mehr als die Hälfte herabgesetzt. — Wir gewähren trotzdem den Genossen Zahlungsvereinfachungen nach Vereinbarung.

Mitteilungen Parteibeitrag für Berlin-Brandenburg. Der Beitrag für die zweite Hälfte des Oktober beträgt für vollarbeitende Genossen 180 Millionen Mark. Arbeitende Frauen und 4 Tage arbeitende Genossen zahlen in jedem halben Monat einen halben Beitrag. 3 Tage arbeitende Genossen zahlen im ganzen Monat einen halben Beitrag. Die entsprechenden Marken sind den Zeitungsabteilern mitzugeben.

Der Totentanz der Republik! Heraus aus der Passivität, Proletariat! Die demokratische Republik hat wieder einen Anlauf genommen, um in ansehnlicher Hinsicht Aktivität zu entwickeln. Die Vorbereitungen dazu waren eine Serie Ueberschriften in der deutschen Presse, betitelt: „Das neue Geld“, nebst den dazugehörigen Leitartikeln. Zweck der Aufmachung war, erstens im Innlande, den breiten Massen gegenüber, einen Beweis zu liefern, daß man, wenn auch nichts Greifbares unternehmen, so doch noch ein Lebenszeichen von sich geben kann. Wer diese Projekte ernst nehmen will, um so besser. Bei dem Tempo, das die galoppierende Schwindsucht eingeschlagen hat, ist es allen verständlich, wenn der Patient die schrecklichen roten Flecken als Zeichen der „Genundung“ hinzustellen sich bemüht, um so einem operativen Eingriff der Arbeitermassen durch Erzeugung neuer Illusionen abzuweichen. Der zweite Grund war, wie schon erwähnt, Poincaré gegenüber zu beweisen, daß man dem Befehl von wegen Stilllegung der Notpresse und Stabilisierung der Finanzen nur erstlich zu realisieren gedankt. Und nachdem so auf dem Papier die nötigen Vorbereitungen getroffen waren, hat sich der deutsche Geschäftsführer von Hoosch zu Herrn Poincaré begeben und dort dargelegt, daß man doch im Interesse der „Zivilisation“ nun ernstlich einmal miteinander reden müsse, in offizielle Verhandlungen treten müsse, nachdem die deutsche Regierung einwandfrei bewiesen habe, daß sie an einen Widerstand in irgendwelcher Form und in keiner Weise mehr denke. Als erstes solle man wenigstens erklären, was die deutsche Regierung eigentlich tun müsse, und welches die Vorbereitungen sind, offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung einzuleiten. Herr Hoosch erzählte dort nach dem WTB-Bericht, daß die historische Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerplitterung, Ratlosigkeit und Unsicherheit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einhelligen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Jan., nicht erreichen lassen.

4. Jahrg. Nr. 81 Kommu. istische Arbeiter-Zeitung Preis 150 Millionen Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Der Totentanz der Republik! Heraus aus der Passivität, Proletariat!

Die demokratische Republik hat wieder einen Anlauf genommen, um in ansehnlicher Hinsicht Aktivität zu entwickeln. Die Vorbereitungen dazu waren eine Serie Ueberschriften in der deutschen Presse, betitelt: „Das neue Geld“, nebst den dazugehörigen Leitartikeln. Zweck der Aufmachung war, erstens im Innlande, den breiten Massen gegenüber, einen Beweis zu liefern, daß man, wenn auch nichts Greifbares unternehmen, so doch noch ein Lebenszeichen von sich geben kann. Wer diese Projekte ernst nehmen will, um so besser. Bei dem Tempo, das die galoppierende Schwindsucht eingeschlagen hat, ist es allen verständlich, wenn der Patient die schrecklichen roten Flecken als Zeichen der „Genundung“ hinzustellen sich bemüht, um so einem operativen Eingriff der Arbeitermassen durch Erzeugung neuer Illusionen abzuweichen. Der zweite Grund war, wie schon erwähnt, Poincaré gegenüber zu beweisen, daß man dem Befehl von wegen Stilllegung der Notpresse und Stabilisierung der Finanzen nur erstlich zu realisieren gedankt. Und nachdem so auf dem Papier die nötigen Vorbereitungen getroffen waren, hat sich der deutsche Geschäftsführer von Hoosch zu Herrn Poincaré begeben und dort dargelegt, daß man doch im Interesse der „Zivilisation“ nun ernstlich einmal miteinander reden müsse, in offizielle Verhandlungen treten müsse, nachdem die deutsche Regierung einwandfrei bewiesen habe, daß sie an einen Widerstand in irgendwelcher Form und in keiner Weise mehr denke. Als erstes solle man wenigstens erklären, was die deutsche Regierung eigentlich tun müsse, und welches die Vorbereitungen sind, offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung einzuleiten. Herr Hoosch erzählte dort nach dem WTB-Bericht, daß die historische Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerplitterung, Ratlosigkeit und Unsicherheit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einhelligen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Jan., nicht erreichen lassen.

Das Ende der Welt Die bürgerlichen Blätter, einschließlich der sozialdemokratischen, haben sich seit einigen Jahren daran gewöhnt, ganz gedankenlos alle Augenblicke zu schrillen: es ist halb Zwölf — es ist Viertel vor Zwölf — es ist die letzte Minute vor Zwölf. Wenn es nach diesen Leuten ginge, so müßte es längst Zwölf oder vielmehr ein oder zwei Uhr ein, was sie sich etwa so vorstellen, daß die großen Städte nahezu ausgestorben sind, die Fabriken abgebrannt, die hungernden Klassen aufgelöst in Raubzügen, die das Land durchziehen, drei Viertel des Landes von der Entente besetzt usw. Vielleicht stellen sich's die guten Leute auch noch anders vor. Wer kann genau wissen, wie es in bürgerlichen Gehirnen aussieht. Nun ja. Aber eins können wir freilich sehen: daß sich alle nicht vorstellen können, zu welchen Formen und welchem Umfang der Niederbruch des deutschen Kapitalismus sich noch auswaschen kann. Sie haben sernerzeit gedacht, wenn die Franzosen ins Ruhrgebiet marschieren, dann ist das Ende der Welt da. Dann: wenn der passive Widerstand zusammenbricht — das Ende der Welt. Nun, die Franzosen sind einmarchiert; der passive Widerstand ist zusammengebrochen, die Papiermark steht etwa auf 24 Milliarden für eine Goldmark — und wo bleibt das Ende der Welt? Die gesamten kleinbürgerlichen Gelehrte und ganz besonders die der Sozialdemokratie, stehen sprachlos vor zwei Rätseln: erstens, wie ist es möglich, daß es immer noch schlimmer wird, ohne daß jemand etwas dagegen tut — und zweitens, wie ist es möglich, daß das Leben immer noch weiter geht, obwohl es immer schlimmer wird. — Der Zeitpunkt, an dem diese Blätter erscheinen werden, wird ein kritischer Moment, wenn vielleicht nicht erster, so mindestens zweiter Ordnung sein. Nicht so sehr vielleicht wegen Sachsen, Bayern und so. Aber mit dem 20. Oktober hören die Lohnzahlungen der Reichsregierung für das besetzte rheinisch-westfälische Gebiet auf. Die Grubenbesitzer haben bei der deutschen und der französischen Regierung versucht, zu erreichen, daß ihnen der achtstündige Arbeitstag unter Tage und der zehnstündige für Übertagsarbeit zugestanden wird. Außerdem haben sie durch Anbieten in den Werken direkt das Geld zu erreichen versucht. Diese Versuche sind gescheitert. Die deutsche Regierung konnte nicht nachgeben, teils, weil sie im besetzten Gebiet nichts zu sagen hat, teils, weil sie nicht wagen konnte, die Unterstützung der Gewerkschaften zu verlieren, die Anspruch auf das Verkaufsmonopol für die Ware Arbeitskraft erheben. Die französische Regierung hatte kein Interesse daran nachzugeben, da sie weiß, daß ihr, wenn sie zu warten verzieht, im Land der Entwicklung, die Dinge von selbst in den Schoß fallen. Westdeutschens glaubt sie das. Was für Dinge ihr da in den Schoß fallen werden, das wird sie in erst später richtig würdigen können. Inzwischen hat nun die deutsche Regierung versucht, direkte Vereinbarungen mit der französischen Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu erzielen. Sie ist damit bis jetzt gleichfalls gescheitert. Der Effekt ist, daß nunmehr die sämtlichen Grubenbesitzer erklären, daß sie ohne Kredite für die Lohnzahlung — und der Arbeiter verbirgt sich außerdem noch die Verlingerung der Arbeitszeit — nicht instande sind, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, und daß sie daher ihre sämtlichen Arbeitskräfte entlassen müssen. Sie sehen sich also gezwungen, schon das letzte taktische Mittel anzuwenden, das ihnen die rettende Hoffnung in den französischen Wirtschaftsverband erreichen helfen soll. Sie erklären ganz trocken: wenn ihr uns nicht die Mittel und Wege an die Hand gibt, unsere Betriebe lohnend weiterzuführen — Kredite für Lohnzahlungen, Kredite für Reparationsleistungen, verlängerte Arbeitszeit — so liefern wir die Millionen von Arbeitern in dem von euch besetzten Gebiet schuldig von heute auf morgen dem gewöhnlichen brutalen Hunger aus. Seht ihr denn zu, wie ihr mit dem Folgen fertig werdet. Wie gesagt: ein taktisches Mittel. Denn so einfach stellen sich die Grubenbesitzer nicht von ihrem Besitz zurück. Sie sind schon klar darüber, welche Entwicklung durch solche Drohungen — und sogar durch den Anfang ihrer Verwirklichung — gefördert wird. Sie sehen ihre Rettung zunächst in der Entwicklung zur Separation, in der „Autonomie“ des Industriegebietes. In dieser Richtung wirken zur Zeit die verschiedensten Kräfte. Die offenen, von französischen Imperialisten besetzten Separatisten von Schlage der Dorten, Smets usw. sind nicht einmal der wichtigste Faktor dabei; ihre Hauptkraft beruht wohl auf dem Mitteltum von Proletariats

Wortlaut Poincaré: „Das ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringe, sei ihm ebenfalls gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er so lange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos abgebrochen worden sei.“ Darauf ging Hoosch wieder nach Hause und erstattete Bericht. Zu gleicher Zeit waren auch Herr Stimm, Glickner und Walter in Düsseldorf bei den Besatzungsbehörden und erklärten, daß sie nicht liefern könnten, wenn die Reichsregierung nicht zahlen kann. Daß man also keine Zeit verdröben solle mit Leuten, die einfach nichts hätten. Resigniert gesteht man ein, „daß die Ausführungen des deutschen Geschäftsführers wirksamer gewesen wären“, wenn — Stimmes nicht gewesen wäre! An der Börse gab es natürlich wieder allerlei Leben, der Dollar raste auf 10 Milliarden hinauf — vier Millionen wert! Der Restloß der Proleten wurde wieder mit einem Schlag um die Hälfte gekürzt. Die Arbeitslosigkeit wird für die meisten Proletariat geradezu zum Normalstand. Das